

Zurück zum Normalzustand

Ein längerer Wehrdienst und regelmäßige Übungen würden eine Absurdität des österreichischen Wehrsystems beenden und auch der Verfassung entsprechen.

Angenommen, die Regierung findet tatsächlich rasch einen Konsens und folgt dem Vorschlag der von ihr eingesetzten Wehrdienstkommission: Vordergründig würde der Grundwehrdienst auf zehn Monate verlängert, in Wirklichkeit aber der Normalzustand wieder hergestellt. Einer, der auch der österreichischen Bundesverfassung entspricht.

Aber erklären Sie das einmal einem heute 17-Jährigen, dem diese Entscheidung voll in die Lebensplanung grätscht, wenn die Reform wie von den Experten gefordert am 1. Jänner 2027 in Kraft tritt. Als er auf die Welt kam, befand sich das Bundesheer noch im Schrumpfmodus, der Wehrdienst war bereits auf ein Mindestmaß zurückgestutzt, die Übungspflicht für die Miliz abgeschafft worden. Die Zwischengeneration kassierte die „Friedensdividende“ auch in Form eines leicht zumutbaren halbjährigen Pflichtdienstes an der Waffe oder einen um drei Monate längeren für das Allgemeinwohl.

Sinnvoll war die in Österreich praktizierte Ausgestaltung der Allgemeinen Wehrpflicht aber auch in Zeiten des relativen



Von Wilfried Rombold

wilfried.rombold@kleinezeitung.at

Friedens nie. Wehrpolitische Vereine, Sicherheitsexperten und gewichtige Militärs haben die Politik unermüdlich auf die rot-weiß-rote Absurdität hingewiesen: Grundwehrdiener werden jahrelang mit hohem Aufwand durch ein eigens für sie erschaffenes System getrieben, ausgebildet und ausgerüstet, um sie nach sechs Monaten – oft mit schlechten Erfahrungen im Gepäck – für immer zu verabschieden. Einzig nach Katastrophen im Inland brachte die billige und schnell verfügbare Personalreserve Rekrut einen Mehrwert.

Jegliche Versuche, die Mannstärken der (übenden) Miliz mit Anreizen auf Basis der Freiwilligkeit zu erhöhen, sind gescheitert. Dabei ist das Bundesheer gemäß Verfassung nach dem Milizprinzip zu organisieren, der Berufskader bildet eigentlich nur den professionellen Rahmen für den Ausbildungsbetrieb

– „Friedensorganisation“ ist die vielsagende Bezeichnung dafür.

Weil der Frieden in Europa und rundherum brüchig geworden ist, tauchte in den letzten Jahren immer öfter der Begriff Mobilmachung in sicherheitspolitischen Debatten auf. Es ist ein Szenario, das man sich in Österreich nicht ausmalen will. Denn es bedeutet, dass ein Teil oder sogar alle wehrpflichtigen Staatsbürger im Reservestand zu den Waffen gerufen werden. Noch weniger will man sich vorstellen, dass dieses Milizheer völlig ungeübt mit Waffe und Gerät und deren Kommandanten ohne Führungserfahrung zur Verteidigung des Landes aufgeboden werden.

Dass die Wehrdienstkommission den Zivildienst ebenso als Teil der „Umfassenden Landesverteidigung“ mitdenkt, sollte der Politik ein Auftrag sein. Lange genug wurde der Wehersatzdienst in Konkurrenz zum Militär oder als Stütze für das kostenmäßig aus dem Ruder laufende Gesundheits- und Sozialwesen betrachtet. Spätestens die Covid-Krise hat gezeigt, was Zivis zur Resilienz der Gesellschaft beitragen können – wenn man sie lässt.

Hinweis: Zur weiteren Bearbeitung des Themas eignen sich die Beiträge „Wie andere die Verteidigung organisieren“ (Die Presse, 20. Jänner 2026) und „Mehrheit für längeren Wehrdienst“ (Salzburger Nachrichten, 21. Jänner 2026).

Zurück zum Normalzustand



A) Vor dem Lesen

Wählen Sie drei der untenstehenden Arbeitsaufgaben aus und bearbeiten Sie diese:

- Erklären Sie in eigenen Worten den Begriff „Neutralität“.
- Artikel 1 des Neutralitätsgesetzes besagt: „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit (...) erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“ Formulieren Sie Ihre Gedanken zum Neutralitätsgesetz.
- Wenn sich die Frage „Zivildienst oder Bundesheer?“ stellt: Welche Organisation würden Sie wählen? Begründen Sie Ihre Auswahl.
- Erläutern Sie Maßnahmen, die getroffen werden könnten, um einer (zunehmenden) „Untauglichkeit“ bei männlichen Jugendlichen vorzubeugen.
- Diskutieren Sie, inwiefern Frauen in die gesellschaftliche und politische Diskussion rund um Wehr- und Zivildienst eingebunden werden sollten. Halten Sie Ihre Ergebnisse in Form einer Mindmap im Plenum fest.



B) Textbearbeitung

- Lesen Sie den Artikel aufmerksam durch.
- Definieren Sie folgende Begriffe aus dem Text mit eigenen Worten:
 - Konsens:
 - „Friedensdividende“:
 - Rekrut:
 - Miliz:
 - Berufskader:
 - Mobilmachung:
 - Reservestand:

- Erläutern Sie die Bedeutung des Wortes „Normalzustand“ im Kontext des Artikels.
- Analysieren Sie den sprachlichen Ausdruck des Leitartikels. Wie wirkt dieser auf die Leserinnen und Leser?



C) Textproduktion

Situation: Sie haben den Leitartikel „Zurück zum Normalzustand“ von Wilfried Rombold gelesen und finden ihn sehr interessant. Als heranwachsende Person wollen Sie Ihre Meinung zu diesem Thema kundtun und planen, eine Rede vor der gesamten Schulgemeinschaft zu halten. Verfassen Sie eine **Meinungsrede** und bearbeiten Sie die folgenden Arbeitsaufgaben.

- Geben Sie die wichtigsten Informationen zum Wehr- und Zivildienst in Österreich wieder.
- Beurteilen Sie den Wehr- und Zivildienst in Österreich und beziehen Sie dabei mögliche bzw. dringende Verbesserungsvorschläge für beide Institutionen ein.
- Appellieren Sie an noch unentschlossene Mitschülerinnen und Mitschüler, ihre Entscheidung verantwortungsvoll im Sinne der Gesellschaft zu treffen.

Schreiben Sie zwischen 405 und 495 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.



D) Weiterführende Aufgabe

Gestalten Sie ein Informations- oder Wahlplakat für männliche Jugendliche, die noch vor der Entscheidung zwischen Bundesheer und Zivildienst stehen.